



Gesundheitspolitische Positionen
der Ersatzkassen
in Nordrhein–Westfalen
zur Landtagswahl 2017

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Landesvertretung Nordrhein–Westfalen
Ludwig–Erhard–Allee 9
40227 Düsseldorf

Vorwort

Die Ersatzkassen werden weiterhin dazu beitragen, dass die Menschen in Nordrhein–Westfalen eine gute und bezahlbare medizinische Versorgung und Pflege erhalten. Dies muss unabhängig von Alter, Wohnort und sozialem Status gewährleistet sein.

In Nordrhein–Westfalen besteht insgesamt eine gute medizinische Versorgung, sowohl bei der Versorgung mit Ärzten, in der Krankenhauslandschaft sowie in der Rehabilitation und der Pflege. Gleichwohl muss das Gesundheitssystem mit seinem vielfältigen und komplexen Gefüge auf den demografischen Wandel, die Veränderungen in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt sowie den technischen Fortschritt reagieren. Dabei gilt es, im Sinne der Versicherten und Patienten zukunftsfähige Versorgungsstrukturen zu erhalten, auszubauen oder zu schaffen. Das erfordert, dass alle Akteure – Krankenkassen, Politiker, Ärzte und Krankenhausbetreiber sowie die übrigen Beteiligten – gemeinsam innovative Wege entwickeln. Für die Ersatzkassen ist die Qualität in der medizinischen Behandlung und Versorgung der Maßstab. Diese muss sich an der Ergebnisqualität orientieren. Zudem muss die Balance zwischen Qualität und Wirtschaftlichkeit immer wieder neu hergestellt werden, damit die gesetzlich Krankenversicherten keine unangemessenen Kostensteigerungen hinnehmen müssen.

Die Ersatzkassen vertreten über sechs Millionen gesetzlich Krankenversicherte in Nordrhein–Westfalen. Das sind rund 40 Prozent aller gesetzlich Krankenversicherten im bevölkerungsreichsten Bundesland. Auch in der kommenden Legislaturperiode wollen wir uns weiterhin in die Gestaltung der Versorgungsstrukturen in Nordrhein–Westfalen einbringen. Zwar werden viele Rahmenbedingungen auf Bundesebene – vom Bundestag – geschaffen, gleichwohl hat auch die Landesregierung in zahlreichen Bereichen Gestaltungsaufgaben und –möglichkeiten. Das gilt zum Beispiel bei der Krankenhausplanung und bei der Entwicklung der Pflege-landschaft. Darüber hinaus kann das Land über den Bundesrat Anträge einbringen und Initiativen in der Bundespolitik anstoßen.

Anlässlich der Landtagswahl im Mai 2017 haben wir unsere Positionen, aber auch unsere Erwartungen an die künftige Landesregierung sowie an weitere Akteure der Gesundheitspolitik in Nordrhein–Westfalen formuliert. Den Dialog mit ihnen werden wir weiterhin suchen und uns intensiv in die Gestaltung des Gesundheitswesens einbringen.

Kernpositionen

1. Die stationäre Versorgung weiterentwickeln

- Die Ersatzkassen begrüßen, dass die Landesregierung beim gültigen Krankenhausplan Qualitätskriterien einbezogen hat. Wir fordern die künftige Landesregierung auf, diesen Prozess zu verstärken und verbindlicher zu gestalten. Dies bedeutet auch, dass die Krankenkassen künftig keine unzureichende Qualität mehr finanzieren müssen. Versorgungsaufträge dürfen nicht ins Belieben der Krankenhausträger gestellt werden.
- Die Ersatzkassen erwarten von der künftigen Landesregierung, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommt, die Investitionskosten der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen ausreichend zu finanzieren und den erheblichen Investitionsstau abzubauen. Die Ersatzkassen halten eine Strukturreform in der Krankenhauslandschaft für dringend erforderlich, um Überversorgung insbesondere in den Ballungsregionen abzubauen und einer Unterversorgung in ländlichen Regionen entgegenzuwirken. Sie fordern die Betreiber der Krankenhäuser sowie die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen auf, eine stärkere Spezialisierung und Kooperation zwischen den Kliniken zu gestalten.
- Von den Landespolitikern und Kommunalpolitikern erwarten die Ersatzkassen, dass sie diesen Prozess der Qualitätssicherung im Sinne der Patienten mittragen und politisch unterstützen.

2. Das ärztliche Angebot sichern

- Die Ersatzkassen finanzieren bereits heute diverse Maßnahmen, etwa Stipendien und Umsatzgarantieren für neue Hausarztpraxen, um auch in ländlichen Regionen eine flächendeckende ärztliche Versorgung sicherzustellen. Die Ersatzkassen fordern insbesondere die Landespolitiker und Kommunalpolitiker auf, ihren Teil dazu beizutragen, dass auch ländliche Regionen attraktiv bleiben, zum Beispiel durch eine gute Infrastruktur sowie durch Freizeit- und Schulangebote. Das wäre ein wichtiger Beitrag, damit sich auch im nächsten Jahrzehnt Ärzte dort niederlassen, wo Bedarf besteht und die ambulante Versorgung in ländlichen Gebieten gewährleistet bleibt.
- Damit sich mehr Ärzte in ländlichen Regionen niederlassen, treten die Ersatzkassen dafür ein, in übersorgten städtischen Regionen eine Nachbesetzung freierwerdender Arztsitze gesetzlich vollständig auszuschließen. Derzeit gibt es diverse Ausnahmeregelungen, die es Ärzten immer noch ermöglichen, sich auch in überversorgten Städten niederzulassen.

- Die Ersatzkassen treten dafür ein, die Sonderstellung des Ruhrgebiets bei der ärztlichen Bedarfsplanung beizubehalten. Das ambulante Versorgungsangebot ist gut, Mängel sind nur punktuell vorhanden. Sollte der Sonderstatus aufgehoben werden, muss mit einer Sogwirkung gerechnet werden, in deren Folge sich Ärzte zu Lasten der ländlichen Regionen im Ruhrgebiet niederlassen werden. Dies gilt es unbedingt zu vermeiden.
- Trotz einer hohen Anzahl an niedergelassenen Psychotherapeuten müssen Patienten lange auf Behandlungen warten. Die Ersatzkassen begrüßen daher, dass ihre Reformvorschläge zwischenzeitlich von der Politik aufgegriffen worden sind. Hierzu zählt insbesondere, dass eine Sprechstunde eingeführt wird, so dass die Patienten eine schnelle Beratungsmöglichkeit, anschließend ein geeignetes Behandlungsangebot und einen frühen Behandlungstermin erhalten. Die Ersatzkassen erwarten von den Psychotherapeuten, dass sie die neuen Leistungen nunmehr auch anbieten, damit sich die Versorgung psychisch Kranker verbessert.

3. Neue Versorgungsansätze schaffen

- Die Ersatzkassen unterstützen neue Versorgungsansätze sowie eine stärkere sektorübergreifende Versorgung. Dazu zählt die Organisation von Ärzten in Praxisnetzen, medizinische Versorgungszentren und Verbänden. Auch die engere Verzahnung des ambulanten und stationären Sektors, wie zum Beispiel in der Geriatrie oder der psychiatrischen Versorgung, muss ausgebaut werden.
- Die Ersatzkassen begrüßen die Entwicklung, stärker ärztliche Aufgaben auf medizinische Fachkräfte zu verlagern. Wir gehen aber davon aus, dass die Delegation ärztlicher Leistungen intensiviert werden muss, insbesondere in ländlichen Regionen.
- Die Ersatzkassen setzen auf den Ausbau der Telemedizin. Telesprechstunden, Telenotarzt und Teleberatung können mögliche Versorgungslücken schließen. Sie fordern Ärzte und Krankenhausbetreiber auf, sich diesen Instrumenten stärker zu öffnen. Die Ersatzkassen treiben bereits Modellprojekte voran, mit denen der Einsatz der Telemedizin in Krankenhäusern ausgebaut wird. Auch der Einsatz von Telenotärzten in Rettungswagen wird von den Ersatzkassen gefördert.

4. Not- und Rettungsdienste reformieren

- Die Ersatzkassen setzen sich für eine Reform der ambulanten Notfallversorgung und eine bessere Verzahnung zwischen ambulantem und stationärem Notdienst ein. Der Verband der Ersatzkassen hat dazu ein Konzept vorgelegt und fordert insbesondere die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Krankenhäuser auf, die Umsetzung zu ermöglichen. Dreh- und Angelpunkt ist die Errichtung von sogenannten Portalpraxen

an allen Krankenhäusern, die rund um die Uhr an der stationären Notfallversorgung teilnehmen. Die Portalpraxis sollte in der Regel aus einer festen Anlaufstelle für die Notfallpatienten sowie aus einer ambulanten Notdienstpraxis bestehen, die ebenfalls am Krankenhaus angesiedelt sein sollte.

- Die Ersatzkassen erwarten von der künftigen Landesregierung, nicht länger einseitig die Krankenkassen und damit die Versicherten mit den Kosten der Notfallsanitäterausbildung zu belasten. Vielmehr sollte eine angemessene Kostenverteilung zwischen Kommunen und Krankenkassen erzielt werden.
- Um die Kosten für den sehr guten Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen finanzierbar zu halten, fordern die Ersatzkassen die Kommunen auf, stärker über die Stadtgrenzen hinaus zusammenzuarbeiten. Langfristig ist die Zusammenlegung von Leitstellen erforderlich.

5. Gute pflegerische Versorgung erhalten

- Die Ersatzkassen fordern angesichts des demografischen Wandels die Landesregierung und die Kommunen auf, eine vielfältige Pflegelandschaft aufzubauen und den Ausbau altersgerechter Wohnungen und ambulant betreuter Wohngemeinschaften voranzutreiben.
- Die Ersatzkassen sehen es gleichwohl als notwendig an, dass die Landespolitik wie die Kommunen ausreichend Plätze in Pflegeheimen anbieten und die vorgenommenen Einschränkungen bei der Investitionskostenförderung überprüfen.
- Die Ersatzkassen erwarten von der künftigen Landesregierung, dass sie die vielseitige Pflegeberatung in Nordrhein-Westfalen systematisch weiter verzahnt, die Angebote stärker aufeinander abstimmt und Doppelangebote verhindert. Die Ersatzkassen werden den Übergang der Verantwortung für die Pflegeberatung auf die kommunale Ebene, der in Modellkommunen erprobt werden soll, auf ihre Wirksamkeit und Neutralität hin kritisch begleiten.
- Gute Pflege benötigt gute Bezahlung. Die Ersatzkassen unterstützen die Zahlung von Tarifgehältern durch die Zusicherung der Refinanzierung über die Vergütungen. Die künftige Landesregierung ist gefordert, die gesetzlichen Krankenkassen bei der Schaffung von mehr Transparenz über die tatsächlichen Vergütungen zu unterstützen.
- Die Ersatzkassen verstärken ihre Aktivitäten, um Betrugsverhalten in der Pflege aufzudecken. Um die Abrechnungskriminalität stärker verfolgen zu können, plädieren sie dafür, dass bestehende Möglichkeiten der Strafverfolgung intensiviert beziehungsweise die Anzeige von Fehlverhalten verbessert werden, und dass die künftige Landesregierung Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichtet.

6. Die Finanzierung fair verteilen

- Die Ersatzkassen fordern die Landespolitiker auf, sich auf Bundesebene für eine faire Verteilung der Krankenversicherungsbeiträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzusetzen und auf eine Änderung der Bundesgesetzgebung hinzuwirken. Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass allein die Arbeitnehmer die steigenden Kosten im Gesundheitswesen über Zusatzbeitragssätze tragen müssen. Deshalb sollte die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber eingeleitet werden.
- Die Ersatzkassen treten für eine Reform des Finanzausgleichs zwischen den Krankenkassen – den Morbi-RSA (morbidityorientierter Risikostrukturausgleich) – ein, um die Unterdeckung zu Lasten der Ersatzkassen zu beenden. Sie fordern die künftige Landesregierung auf, sich über den Bundesrat für eine Reform einzusetzen und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Die Ersatzkassen haben dafür konkrete Vorschläge vorgelegt. So sprechen sie sich unter anderem dafür aus, eine Versorgungsstrukturkomponente einzuführen, die die unterschiedlichen Versorgungs- und Kostenstrukturen auf dem Land und in den Städten einbezieht.